

Niederschrift JHA/011/2006

über die öffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 13.06.2006

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Norbert Dörnhoff CDU Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Frau Christel Brachmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied für die Jugendwohlfahrt
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Klaus-Peter Matner		Ausschussmitglied für die Jugendwohlfahrt
Frau Judith Renger		Ausschussmitglied für die Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied für die Jugendverbände

Vertreter:

Herr Alfred Holtel	FDP	Vertretung für Frau Marlies Holtel
Herr Michael Sievers	SPD	Vertretung für Frau Waltraud Wunder

beratende Mitglieder:

Frau Susanne Grotschulte	Vertreterin des Familienbeirates
Herr Harald Klammann	Vertreter der evangelischen Kirche
Herr Ludger Schöpfer	Leiter des Jugendamtes
Herr Bernhard Wilbers	Vertreter der Arbeitsverwaltung

Gäste:

Herr Dieter Fühner	Sprecher der AG 78 KJHG
--------------------	----------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Produktverantwortlicher
Herr Manfred Kösters	Schriftführer
Herr Ewald Piepel	Produktverantwortlicher

Enschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Frau Waltraud Wunder	SPD
----------------------	-----

beratende Mitglieder:

Frau Marlies Holtel	FDP
---------------------	-----

Herr Dörnhoff eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung werden folgende Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche vorgetragen:

- Der Top 3 soll abgesetzt werden, da die Gespräche mit dem Grundstückspächter erst für die kommende Woche terminiert wurden.
- Statt dessen soll als Top 3 der Punkt Verschiedenes aufgenommen werden.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Öffentlicher Teil:

**1. Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung am
24. Mai 2006**

I/A/0145

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu der Niederschrift Nr. 10 werden nicht vorgetragen.

**2. Erhebung von Kindergartenelternbeiträgen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 236/06**

I/A/0165

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage und beantwortet mit Herrn Piepel Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Ergänzend zur Vorlage berichtet Herr Schöpfer über die Entscheidungsfindung in den anderen Jugendämtern des Kreises Steinfurt:

Die Stadt Greven wird die Beiträge nicht anheben, der Kreis Steinfurt verzichtet zunächst auf eine Anhebung, die Stadt Emsdetten plant laut Verwaltungsvorlage keine Anhebung, wogegen die Stadt Ibbenbüren laut Verwaltungsvorlage eine Anhebung um 14 % vorsieht.

Im Bezirk des Landesjugendamtes würde nach Einschätzung des Landesjugendamtes ca. 1/3 der Kommunen nicht anpassen, ca. 1/3 würde die Beiträge erhöhen und des restliche 1/3 hätte andere Wege gewählt, wie z.B. Veränderungen in der Geschwisterermäßigung etc.

Herr Kohnen erklärt für die CDU-Fraktion, dass man auf Grund des strukturellen Defizits des städtischen Haushaltes von ca. 20 Mio. Euro quasi gezwungen sei, die ausfallenden Landesmittel auf die Elternbeiträge umzulegen. Auch eine schrittweise Anpassung, wie sie zunächst in der Fraktion überlegt worden sei, sei nicht finanzierbar. Man sei mit der Entscheidung der Landesregierung nicht einverstanden und könne wegbrechende Landesmittel nicht durch kommunale Mittel ersetzen.

Die CDU-Fraktion wolle daher dem Verwaltungsvorschlag zustimmen und sich dabei für die Anlage 1, der linearen Erhöhung, entscheiden.

Herr Hemelt schließt sich für die SPD-Fraktion der Argumentation von Herrn Kohnen an, dass man wegen des Grundsatzbeschlusses keine wegbrechenden Landesmittel durch kommunale Mittel zu ersetzen quasi gezwungen sei, die Elternbeiträge zu erhöhen.

Die SPD-Fraktion wolle jedoch nicht die lineare Erhöhung, sondern befürworte aus sozialen Aspekten die gestaffelte Beitragserhöhung der Anlage 2.

Ferner schlägt Herr Hemelt vor, den Beschluss um eine Aufforderung des Rates der Stadt Rheine an die Landesregierung mit dem Ziel zu ergänzen, die Beschlüsse zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren zurückzunehmen.

Herr Kohnen erwidert, dass auch in der linearen Erhöhung soziale Aspekte berücksichtigt seien, schließlich stiege der Elternbeitrag in der untersten Gruppe um ca. 4 €, während in der obersten Gruppe der Beitrag um ca. 22 € stiege.

Frau Grotschulte verliest eine Stellungnahme des Familienbeirates, worin der Familienbeirat die geplante Erhöhung heftig kritisiert. Einerseits wolle die Stadt Rheine eine familienfreundliche Stadt sein, wenn andererseits aber die Elternbeiträge erhöht werden, sei das damit nicht vereinbar.

Herr Dörnhoff weist auf die Schere hin, die sich zwischen dem Wünschenswerten und dem Finanzierbarem auf tue. Es sei überzeugt, dass ein Großteil der Jugendämter, die sich derzeit noch gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge ausgesprochen haben, in Kürze aus finanziellen Gründen nachziehen müssten.

Beschluss:

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vom Land beschlossenen Änderungen im Bereich der Finanzierung der Betriebskosten der Tageseinrichtungen für Kinder zur Kenntnis.
- Mit 8 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen empfiehlt der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine, die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch der Tageseinrichtungen für Kinder einschließlich der Beitragstabelle (lineare Beitragserhöhung) zu beschließen.
- Mit 6 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen empfiehlt der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine „das Land NRW aufzufordern, die Beschlüsse zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren zurückzunehmen.“

Kinderspielplatz für das Baugebiet "Franz-Tacke-Straße" Vorlage: 211/06

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

3. Verschiedenes

I/A/3090

Herr Hemelt nimmt Bezug auf den Beschluss zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes in der Jugendhilfeausschusssitzung am 24. Mai 2006. Er stellt für die SPD-Fraktion fest, dass die Verwaltung bis heute noch keine neue Richtlinie für die Arbeit in den betreuten Spielgruppen vorgelegt habe, in die der Beschluss des Jugendhilfeausschusses eingearbeitet sei. Folgerichtig würde eine

Ermächtigungsgrundlage fehlen, wonach den Trägern eine Betriebserlaubnis erteilt werden könne, die beispielsweise die Ausweitung der wöchentlichen Betreuungszeit von derzeit 8 Std. auf 12 Std. bzw. 18 Stunden vorsehe.

Die Verwaltung widerspricht dieser Auffassung. Eine Richtlinie sollte erst vorgelegt werden, wenn die noch ausstehenden Förderrichtlinien des Landes bekannt seien. Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24. Mai 2006 würde als Ermächtigungsgrundlage ausreichen.

Herr Kohnen teilt für die CDU-Fraktion mit, die Verwaltung möge bitte eine rechtliche Prüfung vornehmen. Wenn diese Prüfung zu dem Ergebnis käme, eine neue Richtlinie müsste explizit beschlossen werden, würde er für eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses plädieren.

Ende der Sitzung:

16:55 Uhr

Norbert Dörnhoff
Ausschussvorsitzender

Manfred Kösters
Schriftführer